

07.01.2025

Kleine Anfrage 4958

der Abgeordneten Anja Butschkau, Carolin Kirsch, Jochen Ott und Lena Teschlade SPD

Steht der Schutz vor häuslicher Gewalt in Köln vor dem Aus?

Landauf, landab sind Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen am Limit – sowohl von ihrer Kapazität als auch der Finanzierung. Die Landesförderung ist bei Weitem nicht auskömmlich, so dass Träger von kommunalen Zuschüssen und Spenden abhängig sind. In wirtschaftlich herausfordernden Zeiten sinkt jedoch die Spendenbereitschaft. Auch Kommunen suchen an allen Ecken und Enden nach Einsparpotentialen in ihren Haushalten.

Wie der WDR am 19.12.2024 berichtete, will die Stadt Köln nun die Sparaxt beim Schutz und der Hilfe für von Gewalt betroffenen Frauen anlegen.¹ Vier Frauenberatungsstellen fürchten um ihre Existenz, weil die Fördermittel in Höhe von 250.000 Euro komplett gestrichen werden sollen. Für Opfer häuslicher und anderer geschlechtsspezifischer Gewalt ist das ein fatales Zeichen. Der Gewaltschutz in Köln ist gefährdet. Die Stadt Köln missachtet mit dieser Maßnahme die Ziele und Vereinbarungen aus der Istanbul-Konvention.

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

1. Welche landesgeförderten Einrichtungen sind von der Streichung der Mittel im Haushalt der Stadt Köln betroffen?
2. Rechnet die Landesregierung mit Schließungen von Einrichtungen?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Auswirkungen von Schließungen betroffener Einrichtungen auf den Gewaltschutz in Köln?
4. Welche Mittelkürzungen landesgeförderter Einrichtungen sind der Landesregierung aus anderen Kommunen bekannt?
5. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Schließung von Einrichtungen zu verhindern?

Anja Butschkau
Carolin Kirsch
Jochen Ott
Lena Teschlade

¹ vgl. <https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/frauenberatungsstellen-koeln-sparplaene-100.html>, abgerufen am 06.01.2025